

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 01

März 2015

Jahrgang 44

VOITH Paper am Ende?

Ist ein „Horrorkatalog“ verhandelbar?

Sind denn die lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nichts mehr wert?

Es wäre nicht das erste mal, dass alle VOITH-Beschäftigte durch Lohnverzicht, bei gleichzeitiger Leistungsverdichtung, den Standort aus purer Angst vor Arbeitsplatzverlust retteten.

Es wiederholt sich immer wieder Produktverlagerungen oder Investitionsentscheidungen, Struktur- oder technologische Veränderungen, solche Unternehmensentscheidungen, werden nicht von den Kapitaleignern oder aus Erträgen finanziert, sie werden durch Personaleinsparungen, Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerungen von den Beschäftigten erbracht.

Die VOITH-Bosse, und nicht erst seit Lienhard, setzen den Faktor Angst ein, um die Beschäftigten gefügig zu machen, um so ihre Geschäftsziele durchzusetzen.

Ein Blick zurück lohnt sich

Welche Entscheidungen auch immer im „Hause VOITH“ getroffen werden, es ist nicht die Suppe der Beschäftigten. Sie sind verdammt sie auszulöffeln. Im Kapitalismus steht eben nicht der arbeitende Mensch mit seiner Arbeitskraft, die er in Abhängigkeit zu verkaufen, hat im Mittelpunkt, sondern die, die im Besitz der Fabriken, der Produktionsmittel sind. Sie bestimmen den Weg, wo's lang geht. Sie haben nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Macht im Ländle.

Der „Wunschatalog“ der von den „Lieben Mitarbeitern“ gefordert wird ist ein Horrorkatalog. Hinter einer smarten Sponsoringmaske steckt eine unverschämte Verzichts-ideologie. Die

Forderung der VOITH-Manager ist ein Bruch tarifvertraglicher und demokratischer Rechte. Herr Dr. Lienhard samt seinem Führungskader fordert von den Beschäftigten den Rückfall in das vorindustrielle Zeitalter des 18. Jahrhunderts.

Nein, nicht die Beschäftigten in der VOITH-Gruppe sind die Verantwortlichen, sie sind die Unschuldigen.

Tarifverträge haben Schutzfunktionen vor Unternehmerwillkür. Sie sind nicht im Lagerfeuer verbrannt worden, wie es 2003 der damalige BDI-Präsident forderte. Einen Verzicht zu fordern, wie es Dr. Lienhard heute will ist Rechtsbruch.

Zur Erinnerung

Noch nicht vergessen ist ein „Investitionszuschuss“ der den VOITH-Beschäftigten zum Bau des PTC aus den Rippen gepresst wurde. Sie betei-



Papier-Technologie Center

ligten sich vor 10 Jahren mit 3,5 Mio. Euro (mit einem Lohn- und Gehaltsverzicht von 2 Prozent, einer unbezahlten Arbeitszeitverlängerung von täglich 7 auf 7,5 Stunden und einer Kürzung freiwilliger Schichtzulagen und Zeitgutschriften) damit das PTC nicht

in Sachsen sondern in Heidenheim gebaut wurde.

Der damals zuständige Konzernchef Dr. Kormann, der 2008 mit ungewöhnlich hohen Ehren und einem millionenschweren Festmahl auf dem Werksge-

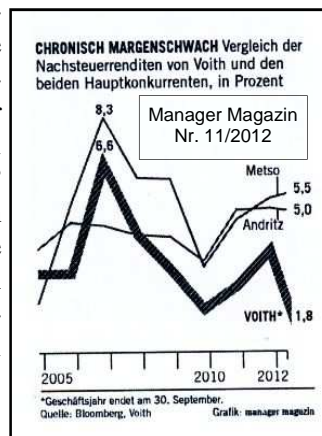


Festzelt auf dem Werksgelände

lände in den Ruhestand verabschiedet wurde, zeichnete damals für eine rund 60 Mio. Euro schwere Investition verantwortlich, heute sitzt das „Wunderwerk“ im Sand und wie man hört soll es ausgeschlachtet, abgerissen oder verpachtet werden. Von den Beschäftigten war es zinseszinsloser, ein verllorener Zuschuss.

Vergangene Versäumnisse?

Wurde versäumt die Konkurrenz besser im Auge zu haben? Sind denn nicht die Ursachen im Management zu suchen?



(Fortsetzung auf Seite 2)

Wer ist Gerd Schaible?

Den älteren VOITHianerInnen aus früheren Zeiten noch gut bekannt. Ehemals VOITH-Paper Betriebsrat und auch Konzernbetriebsratsvorsitzender. Heute ohne ein Mandat nach dem Betriebsverfassungsgesetz aber laut HZ vom 05.12.2014 Geschäftsstellenleiter des Konzernbetriebsrats und Sprecher für die Verhandlungskommission des Betriebsrat.



Selbst einem juristisch ungeschulten VOITHianer kommen solche „Leiter“ etwas suspekt vor. Im Zusammenhang mit den letzten Veröffentlichungen zum VOITH-Personalabbau tritt der Name Schaible immer häufiger auf. So zuletzt in einem Artikel, HZ 04.03.2015, aus Verhandlungen der VOITH-Betriebsräte mit der Geschäftsführung. Kein Betriebsratsvorsitzender eines Standortbetriebs berichtete. Es war Gerd Schaible, ohne eine Funktion nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Spricht er für alle VOITHianer, für die am Standort Heidenheim, in Sankt Pölten, Krefeld und anderswo?

Gerd Schaible hat nicht den Weg der Wiederwahl als Betriebsrat gewählt. Ihm wurde von der Konzernleitung der „Leiter einer neu geschaffenen Stelle“ zwischen Konzernleitung und Konzernbetriebsrat, als so genannter „Kordinator“, angeboten. Eine Stellenbeschreibung wie es tarifgemäß geregelt ist, ist unbekannt. Eine Funktion zu welchem Zweck? Eine Funktion mit welchem Ziel?

Es scheint, Schaible wird nicht nur als Briefträger zwischen den unterschiedlichen Interessen verstanden, sondern auch als Meinungsträger. Für wen?

(Fortsetzung von Seite 1)

Wer zahlt die Zeche?

Sind es wieder die Beschäftigten?

Wer trägt die Verantwortung?

Sind denn jetzt nicht die Geschäftsführer, die Führungsschicht, die VOITH-Dynastie, die Gesellschafter dran?

Es ist notwendig mit Neu- und Ersatzinvestitionen in die Fertigung für die Papiertechnik im Stahlbau, für die Mechanischen Fertigung und andere wichtige Fertigungseinrichtungen zu investieren.

Dazu erwarten nicht nur die VOITH-Beschäftigten in Heidenheim, auch die Öffentlichkeit hier und in den anderen Fertigungsstandorten, eine Antwort.



Metall Tarifrunde VOITH muss zahlen!

Die Schutzfunktion eines ausgehandelten Tarifvertrags darf nicht angetastet werden.

Mit der Einmalzahlung von 150,- Euro, die nicht tabellenwirksam und bis Ende März zu zahlen sind, plus 3,4 % ab 1. April 2015 ist ein Tarifvertrag vereinbart worden, der auch für die Mitglieder der IG Metall verbindlich ist. Damit ist auch VOITH zur Auszahlung verpflichtet.

Ein Betriebsrat hat nach §80 Betriebsverfassungsgesetz darüber zu wachen, dass die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, **Tarifverträge** und Betriebsvereinbarungen durchgeführt werden. Es gilt kein wenn und aber, VOITH muss zahlen. Auch wenn sich das Herr Dr. Lienhard gegenüber den Beschäftigten anders wünscht. Denn auch Herrn Dr. Lienhards Anstellungsvertrag wird seitens der Gesellschafter garantiert eingehalten.

Hände weg vom Streikrecht Streikrecht ist Grundrecht

Auf der Delegiertenversammlung der IG Metall Heidenheim am 25.02.2014 wurde für den 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag nachfolgender Antrag zum Streikrecht beschlossen.

Der 23. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:



Die Industriegewerkschaft Metall wird aufgefordert, auf allen ihren Organisationsebenen, mit aller Kraft den Widerstand gegen die Angriffe auf die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit und das Streikrecht, aufzunehmen.



Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, er hat einzuwirken, dass alle politischen Eingriffe von Arbeitsministerin Nahles (SPD) durch das von ihr entworfene Gesetz zur sog. „Tarifeinheit“ zurückgezogen werden.



Die Delegierten des 23. ordentlichen Gewerkschaftstag fordern die Koalitionsparteien auf, keine Gesetze auf den Weg zu bringen, das die Tarifeinheit im Betrieb erzwingt und damit die freie gewerkschaftliche Betätigung faktisch außer Kraft setzt.

Begründung:

Schon einmal, im Jahr 2010, forderte die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), aufmüpfige Berufsgewerkschaften unter dem Deckmantel der Tarifeinheit einem Streikverbot zu unterwerfen. Die Bundeskanzlerin war dazu bereit. Was damals – ironischerweise – an der FDP scheiterte, könnte heute mit dem Segen der SPD gelingen.

Umso tragischer ist es, dass diese gegen Grundrechte gerichtete Strategie im Koalitionsvertrag zwischen der CDU und SPD neu aufgelegt wird. Dahinter verbergen sich nach wie vor die Forderung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) nach einem Gesetz zur Degradierung der Koalitionsfreiheit und damit auch die Einschränkung des Streikrechts.

Die Tarifeinheit herzustellen ist Aufgabe der Gewerkschaften und nicht der Bundesregierung mit Unterstützung der Unternehmerverbände. Es gilt jegliche Eingriffe in die bestehenden Regelungen abzuwehren. Das Streikrecht und die verfassungsrechtliche geschützte Tarifautonomie müssen so wie sie sind erhalten bleiben.

Gewerkschaften können nicht tatenlos zusehen, wenn per Gesetz Demokratie und Freiheitsrechte ausgehebelt werden:

Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes gewährleistet das individuelle Grundrecht auf Koalitionsfreiheit >>für jedermann und für alle Berufe<< das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Jede und jeder hat das Recht sich in Koalitionen seiner / ihrer Wahl zusammenzuschließen

Damit gibt es für keine Koalition einen Alleinvertretungsanspruch.



Die Mitglieder der IG Metall verbindlich ist. Damit ist auch

Mehr als 120 Kommunen wehren sich gegen TTIP

Auch wenn der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einem fragwürdigen Gutachten Städten und Gemeinden verbieten will, sich mit TTIP zu befassen: mehr als 120 kommunale Parlamente haben bereits abgestimmt und sich in Resolutionen gegen das Freihandelsabkommen ausgesprochen. Wöchentlich erreichen uns weitere kommunale Resolutionen. Und das ist gut so, schließlich leben wir noch in einer Demokratie!

Auch die BürgerInnen und Bürger Europas machen Druck gegen den Freihandel: Mehr als 1,5 Millionen haben der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen CETA und TTIP bereits zugestimmt. Gemessen an bisher nur vier Monaten Laufzeit ist dieses Votum atemberaubend zumal die erforderliche Stimmenzahl bereits in elf EU-Ländern erreicht wurde.

Wir lassen jetzt nicht locker und verstärken den öffentlichen Druck mit einem globalen Aktionstag am 18. April! Wenn das EU-Parlament Mitte Mai in einer Resolution Stellung nimmt, dann müssen die unüberhörbaren Forderungen der BürgerInnen Berücksichtigung finden:

TTIP-Verhandlungen stoppen, CETA nicht ratifizieren! ★

Oststadt sanieren - Zukunft gestalten Altersgerechte Wohnungen

Mit der Ankündigung einer großflächigen Sanierung der Oststadt erarbeitete der Kommunalpolitische Arbeitskreis der DKP einen umfangreichen Sanierungsvorschlag. Heidenheim, so die DKP, braucht keine Residenzen. Was Heidenheim braucht sind bezahlbare, zeitgemäße Mietwohnungen. Mit den Regeln des Marktes, so die DKP, sind die Wohnungsprobleme, insbesondere für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht zu lösen. Deshalb fordert die DKP eine Wohnungspolitik, die die Schaffung von Wohnraum nicht mehr als Ware begreift, sondern als Einlösung des Grundrechts, das der sozialen Daseinsvorsorge zu dienen hat.

Rund 3300 altersgerechte Wohnungen werden bis 2025 im Landkreis Heidenheim fehlen. Zudem ist davon auszugehen, dass sich eine dramatische Altersarmut entwickelt. Dieser Entwicklung muss Rechnung getragen werden. Nicht der privatisierte, sondern der kommunale, altersgerechte Mietwohnungsbau ist umzusetzen.

Skandalös ist daher die politische Haltung von OB Ilg, samt seinen Gemeinderäte, die den sozialen und städtischen Mietwohnungsbau als keine kommunale Kernaufgabe begreifen. Es muss Angesichts der demografischen Entwicklung, ein sozialeres Umdenken in den kommunalen Schwerpunkten, von OB Ilg und dem Gemeinderat erwartet werden können. ★



Stadtwerke Heidenheim

Der Gaspreis muss runter

Eine kommunale Schande, dass die Stadtwerke AG die Heidenheimer Tarifhaushalte und damit vielen Familien insbesondere den Hartz IV Familien den Gaspreiserfall nicht weiter geben. Eine Skandal, dass so die Heidenheimer Tochter, den sog. Tarifikunden wegen eines Extraprofits tiefer in die Taschen greift.

Nachdem im letzten abgerechneten Geschäftsjahr ein Überschuss von gut 5,4 Millionen Euro in der Kasse klingelt, ist es unverschäm, die lange Kälteperiode auszunutzen.

Hinzu kommt, dass von den Tarifikunden alleine die Überschüsse, auch für die Sondertarifikunden die Rabatte erhalten, finanziert werden.

Auch wenn die Stadtwerke Heidenheim eine Aktiengesellschaft ist, ist sie ein städtisches Unternehmen. Bedauerlich ist und bleibt, dass sowohl OB Ilg als Aufsichtsratsvorsitzender, als auch die vom Gemeinderat gewählten Stadträte kein soziales Interesse zeigen, ihren Einfluss auf die Geschäftspolitik im Sinne ihrer Wähler einzubringen. ★



Gaspreise runter
Immer vor Ort - DKP in Aktion -

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.

Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht um ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpfen die Deutsche Kommunistische Partei.

Ich möchte ★

mehr Infos über die DKP

UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen

Kontakt zur DKP in meiner Nähe

Mitglied der DKP werden

Einsenden an: DKP Heidenheim
Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim

Telefon: (07321) 92 42 06
E-Mail: pueuschel-reinhard@online.de

Sonstige Informationen an die DKP:
Informationen der DKP an Infoständen
und bei DKP-Stadtrat Reinhard Püschel

Name, Vorname _____
Straße, Hausnummer _____
PLZ, Ort _____
E-Mail-Adresse _____

Droh- und Gewalttaten

Auch im vergangenen Jahr haben Neonazis wieder deutlich mehr als 10.000 Straftaten verübt. Offiziell wurden bundesweit 10.541 Delikte gezählt, darunter 496 Gewalttaten. Dabei wurden 431 Menschen verletzt. Das ergibt sich aus Antworten des Bundesinnenministeriums auf Anfragen der Linksfraktion.

Ebenso häuften sich 2014 die Angriffe auf jüdische Menschen und auf jüdische Einrichtungen (Gedenkstätten, Friedhöfe usw.). Die Amadeu Antonio Stiftung registrierte für 2014 rund 170 solcher Vorfälle. Die tatsächliche Zahl dürfte noch höher sein, denn allein in Berlin wurden vom LKA im Jahr davor (2013) bereits über 192 Vorfälle gezählt.

Kaum Unterschied

Die jüngste Rede des brandenburgischen Fraktionsvorsitzenden der AfD, Alexander Gauland, habe gezeigt, »dass sie nicht mehr viel von denen der NPD und DVU unterscheidet«, erklärte im Dezember der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD).

Verharmlosung

Neonazis und ihre Gewalttaten werden von Teilen der Justiz noch immer als relativ harmlose bzw. »normale« Fälle behandelt. In der Mehrheit solcher Strafverfahren herrscht Blindheit gegenüber rechten Tatmotiven; das führt zu entsprechender Milde. Das geht aus einer Studie aus dem Kreis der Opferberatung in Sachsen hervor. So fand bei 122 Verfahren wegen Gewalttaten in den Jahren 2006/07, die von der Polizei als »rechts motiviert« eingestuft wurden, in über 40 Prozent der Fälle das rechte Tatmotiv im Urteil keine Erwähnung. Entsprechend milde fielen die Urteile aus. Nur in 12 Prozent der Verfahren wurden die rechten Tatmotive bei der Strafzumessung berücksichtigt. 44 Verfahren wurden gänzlich eingestellt.

Schändlich

70 Jahre nach Kriegsende zeichnet sich nach unermüdlichem Drängen aus der Linksfraktion im Bundestag eine mögliche Mehrheit dafür ab, wenigstens den noch lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen eine kleine Entschädigung und Anerkennung des erlittenen Unrechts zu gewähren. Von mehr als fünf Millionen sowjetischer Kriegsgefangenen haben weniger als die Hälfte die gezielte Vernichtung durch die Nazi-Praktiken überhaupt überlebt. Sie warten noch immer auf eine Entschädigung.

Quelle: **antifa** Magazin der VVN-BdA



2. Demonstration und Kundgebung am Samstag, 28. März 2015, 12 Uhr

Start am Bahnhof Königsbronn, Georg-Elser-Denkmal.

Unterstützer: DGB Ostalbkreis und Heidenheim, Pressehütte Mutlangen, Friedensgruppe Heidenheim, Aalener Bündnis Frieden, Mahnwache Ellwangen, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE, DKP, Offener Treff gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart, DFG-VK Bayern und Württ.

Wir sind das Bündnis gegen die Königsbronner Gespräche.

Homepage: www.demokoenigsbronn.blogspot.de

V.i.S.d.P. Bernhard Kusche, 86754 Munningen



Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim

Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30

Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!

Sozial is' muss!

Profite besteuern statt Arme schröpfen!